

Resolution der Vollversammlung des KLRÖ 2017

Die Vollversammlung des KLRÖ fordert von den zuständigen Bundesministerien, von Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner und Justizminister Wolfgang Brandstetter, den Auftrag des Entschließungsantrags zu erfüllen, der mit dem Fortpflanzungsmedizin-Gesetz am 21. Jänner 2015 beschlossen worden ist. Dieser sollte prüfen, wie die Interessen von Kindern und Frauen besser geschützt werden können.

Die Prüfberichte liegen bis dato nicht vor. Es gibt weder Vorschläge für ein zentrales Register der Eizellspenderinnen und Samenspenden noch für eine Erhebung und wissenschaftliche Auswertung von Daten, mit denen Sicherheit und Qualität medizinisch unterstützter Fortpflanzung gewährleistet werden.

Paare vor der Entscheidung für eine Kinderwunsch-Behandlung sollen sich umfassend informieren können. Dazu fehlen ihnen bis heute Daten und unabhängige Beratungsangebote. Außerdem muss das Recht von Kindern gestärkt werden, Auskunft über ihre genetischen Eltern zu erhalten.

Der KLRÖ erwartet deshalb von den beiden Ministerien die vom Gesetzgeber geforderten Berichte spätestens zum vorgesehenen Termin vorzulegen.